

08.11.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/9900

2. und 3. Lesung

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024 – NHHG 2024)

Berichterstatlerin

Abgeordnete Carolin Kirsch

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 18/9900 - wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 07.11.2024/Ausgegeben: 11.11.2024

1. Der Text des Haushaltsgesetzes wird in Artikel 1 des Gesetzentwurfs wie folgt geändert:
 - 1.1 In Nummer 2 wird die Zahl „102 578 854 300“ durch die Zahl „102 799 751 800“ ersetzt.
 - 1.2 In Nummer 3 wird die Zahl „2 037 700 000“ durch die Zahl „2 286 000 000“ ersetzt.
 - 1.3 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 3 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Ermittlung der Konjunkturkomponente
Nach § 18g der Landeshaushaltsordnung kann bei Nachträgen zum Haushaltsgesetz die nach § 18d der Landeshaushaltsordnung ermittelte zulässige Kreditaufnahme maximal um den Betrag erhöht werden, der sich bei der Ermittlung der Konjunkturkomponente aus der Differenz der zuvor zugrunde gelegten erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt und der aktuell erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt ergibt. Um die nach § 18g der Landeshaushaltsordnung zulässige Kreditaufnahme zu ermitteln, wird eine vorläufige Ex-post-Konjunkturkomponente berechnet, bei der die nach § 18d der Landeshaushaltsordnung ermittelte Ex-ante-Konjunkturkomponente zugrunde gelegt wird. Der Wert der vorläufigen Ex-post-Konjunkturkomponente wird grundsätzlich nach dem Verfahren nach § 18e der Landeshaushaltsordnung ermittelt. Die Steuerabweichungskomponente errechnet sich vorläufig als Differenz zwischen den nach der Herbststeuerschätzung 2024 erwarteten Steuereinnahmen und den bei der Haushaltsaufstellung erwarteten Steuereinnahmen nach § 18d Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung. Die Differenz ist um die Auswirkungen von Rechtsänderungen auf die Steuereinnahmen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt waren und bis zur Herbststeuerschätzung 2024 kassenwirksam wurden, zu bereinigen. Die Berechnung der Ex-ante-Konjunkturkomponente und der vorläufigen Ex-post-Konjunkturkomponente ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz und wird neuer Bestandteil des Gesamtplans nach § 13 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung. Die Anlage trägt die Bezeichnung „Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)“.““
2. Der Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan, Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)) erhält die aus der **Anlage** ersichtliche neue Fassung.
3. Die Änderungen in den Einzelplänen ergeben sich aus den Anhängen sowie aus den Veränderungsnachweisen.
4. Das Nachtragshaushaltsgesetz 2024 bleibt im Übrigen unverändert.

Anlage zum
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
2024**

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung
zulässigen Kreditaufnahme

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungsermächtigungen	Ausgaben
	2024 (TEUR)	2023* (TEUR)	2024 (TEUR)	2024 (TEUR)	2023* (TEUR)
01 Landtag	209,3	139,3	211 029,4	141 982,5	203 189,1
02 Ministerpräsident	1 216,3	803,6	286 098,9	67 816,2	292 274,2
03 Ministerium des Innern	218 720,7	190 351,5	7 109 476,2	919 067,3	7 034 195,6
04 Ministerium der Justiz	1 593 005,1	1 565 091,0	5 238 102,2	1 551 451,3	5 244 676,0
05 Ministerium für Schule und Bildung	627 210,4	539 926,1	22 346 262,7	1 152 137,4	21 861 252,5
06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft	1 415 436,0	1 282 866,1	10 640 035,5	1 145 962,8	10 287 484,5
07 Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	426 618,4	358 820,9	9 088 171,7	823 520,7	7 899 148,4
08 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung	1 267 069,4	1 168 684,4	3 054 184,2	1 282 829,0	2 956 789,1
10 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr	2 799 847,6	2 691 332,3	5 101 443,3	3 737 727,0	4 930 420,8
11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	6 041 526,1	6 118 830,7	8 999 419,5	3 399 582,2	8 910 435,0
12 Ministerium der Finanzen	337 337,0	170 635,1	2 926 990,7	173 338,0	2 909 631,9
13 Landesrechnungshof	1,6	1,6	55 821,2	2 191,0	53 441,2
14 Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie	440 973,1	557 584,5	1 831 996,8	4 971 378,8	1 862 420,5
15 Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz	274 531,3	294 716,8	761 104,8	1 046 652,3	785 332,0
16 Verfassungsgerichtshof	—	—	2 707,8	—	2 418,2
20 Allgemeine Finanzverwaltung	87 356 049,5	79 786 984,4	25 146 906,9	1 148 750,0	19 493 659,3
Zusammen	102 799 751,8	94 726 768,3	102 799 751,8	21 564 386,5	94 726 768,3

* Stand: Reindruck 2023 - einschl. Stand der Umsetzungen im Haushaltsvollzug 2023 = Vorjahresvergleichszahl

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		(Mio EUR)
I.	HAUSHALTSVOLUMEN	102.799,8
II.	ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	99.752,5
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	100.019,9
3.	Finanzierungssaldo	267,4
III.	ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
4.	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	12.185,1
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	12.795,8
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	-610,7
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	343,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	—
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,3
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	—
9.	Finanzierungssaldo	267,4
IV.	NACHRICHTLICH ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	2.429,3
	zuzüglich Ausgaben zur Anschlussfinanzierung am Kreditmarkt	9.755,8
	Kreditermächtigung (brutto)	12.185,1

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		(Mio EUR)
I.	EINNAHMEN AUS KREDITEN	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	—
	vom Kreditmarkt (brutto)	12.185,1
	Zusammen	12.185,1
II.	TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	143,3
	am Kreditmarkt	12.795,8
	Zusammen	12.939,1
III.	NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-143,3
	am Kreditmarkt	-610,7
	Zusammen	-754,0

Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)

I. Berechnung der Ex-ante-Konjunkturkomponente für 2024

Lfd. Nr.	Auf Basis der Herbstprojektion der Bundesregierung vom 11. Oktober 2023	in Mio. €	Erläuterungen
1	Produktionslücke 2024	-37.892,1	
2	Budgetsemielastizität der Ländergesamtheit	0,1341	
3	Ex-ante-Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit	-5.081,3	Lfd. Nr. 1 x Lfd. Nr. 2
4	Anteil Nordrhein-Westfalen (Quotierung 2022)	0,2051	
5	Endgültige Ex-ante-Konjunkturkomponente Nordrhein-Westfalen 2024	-1.042,0	Lfd. Nr. 3 x Lfd. Nr. 4

II. Berechnung der vorläufigen Ex-post-Konjunkturkomponente für 2024

Lfd. Nr.	Auf Basis der Herbststeuerschätzung vom 24. Oktober 2024	in Mio. €	Erläuterungen
1	Ex-ante Konjunkturkomponente 2024 aus Herbst 2023	-1.042,0	
2	Geschätzte Steuereinnahmen bei Berechnung Ex-ante Konjunkturkomponente 2024	77.504,1	
3	Geschätzte Steuereinnahmen Herbst 2024	76.449,4	
4	Rechtsänderungen Ländergesamtheit von Herbst 2023 bis Herbst 2024	923,0	
5	Anteil Nordrhein-Westfalen (Quotierung 2022)	0,2051	
6	Anteil Nordrhein-Westfalen an Rechtsänderungen Ländergesamtheit	189,3	Lfd. Nr. 4 x Lfd. Nr. 5
7	Vorläufige Steuerabweichungskomponente 2024	-1.244,0	Lfd. Nr. 3 - Lfd. Nr. 2 - Lfd. Nr. 6
8	Vorläufige Ex-post-Konjunkturkomponente Nordrhein-Westfalen 2024 (zulässige Kreditaufnahme)	-2.286,0	Lfd. Nr. 1 + Lfd. Nr. 7

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf, Drucksache 18/9900, wurde durch das Plenum am 13. September 2024 nach der 1. Lesung zur alleinigen Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

B Beratung

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 8. Oktober 2024 – gemeinsam mit seinem Unterausschuss Personal – eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

eingeladen	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	18/1834
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Köln	
Bund der Steuerzahler NRW e.V. Vorsitzender Rik Steinheuer Düsseldorf	18/1843
Landesrechnungshof NRW Präsidentin Prof. Dr. Brigitte Mandt Düsseldorf	18/1848
Professor Dr. Achim Truger Institut für Sozioökonomie Duisburg	18/1844
Professor Dr. Jens Boysen-Hogrefe Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel	18/1836

eingeladen	Stellungnahme
Professor Dr. Niklas Potrafke Leiter ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. Finanzwissenschaft, Volkswirtschaftliche Fakultät, Ludwig-Maximilians-Universität München München	18/1857
Dr. Katja Rietzler Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung Düsseldorf	18/1845
Erich Rettinghaus Landesvorsitzender Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	---

Die Anzuhörenden hatten Gelegenheit zu einem kurzen Eingangsstatement. Das Wortprotokoll der Anhörung vom 8. Oktober 2024 liegt als Ausschussprotokoll APr 18/702 vor.

Eine Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgten in gemeinsamer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses Personal am 7. November 2024.

Die Fraktion der CDU erklärte, dass ein umfassendes Maßnahmenpaket in Reaktion auf die Ereignisse in Solingen auf den Weg gebracht wurde. Damit werden die Bereiche innere Sicherheit, Prävention und Migration gestärkt und die Sicherheit und Freiheit der Bürger in Nordrhein-Westfalen geschützt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordere finanzielle Mittel. Gleichzeitig sei die ökonomische Lage in Deutschland angespannt und die Prognose des IWF mache deutlich, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen G7 Staaten Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum sei; dies wirke sich auf die Steuereinnahmen und auf die finanziellen Spielräume von Kommunen und Ländern aus. Allein NRW muss für 2024 mit Steuerminderungen von 1,2 Mrd. Euro rechnen. Mit dem Nachtragshaushalt 2024 werde erstmals auf die in der Schuldenbremse verankerte Konjunkturkomponente zurückgegriffen. Die Bereiche Bildung, innere Sicherheit und die Unterstützung von Kindern und Familien seien zentrale Pfeiler, in denen Kürzungen unverantwortlich seien. Ein zentrales Anliegen bleibe die Bildungsgerechtigkeit. Gleichzeitig müsse man sparsam mit den vorhandenen Ressourcen umgehen.

Die Fraktion der SPD erklärte, dass sie die Konjunkturkomponente als Instrument grundsätzlich begrüße – und die Zulässigkeit auch vom Landesrechnungshof bewertet wurde – aber den Zeitpunkt der Nutzung für unpassend erachte. Ferner sei überraschend, dass ein Umsatzausfall von 1-1,5% direkt zur Nutzung eines Betriebsmittelkredits führe. Es sei fragwürdig, warum kurzfristig ein Darlehen aufgenommen werde, wenn an dieser Stelle stattdessen freie Selbstbewirtschaftungsmittel genutzt werden könnten.

Die Fraktion der FDP erklärte, dass die Vermeidung von Neuverschuldung ein zentrales Anliegen der Partei sei aber gleichzeitig ein handlungsfähiger Staat erforderlich sei. Die Frage

sei, wie man die Maßnahmen, wie beispielsweise im Bereich innere Sicherheit, finanziere, ohne neue Schulden aufzunehmen. Da offenbar keine Umstrukturierungen im Haushalt möglich seien, sollten zunächst die Selbstbewirtschaftungsmittel eingesetzt werden. So ließen sich Neuverschuldungen zulasten der jungen Generation vermeiden.

Mit Verweis auf die Anhörung erklärte die Fraktion der AfD, dass sie den Nachtragshaushalt ablehne. Angesichts der herausfordernden Zeiten sei es denkbar, neue Schulden aufzunehmen, aber man sollte bevorzugt freie Mittel verwenden. Die Sparanstrengungen seien im Gesetzentwurf nicht ausreichend sichtbar.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies auf die Stellungnahmen, in denen angesichts der aktuellen Lage eine breite Zustimmung hinsichtlich der Nutzung der Konjunkturkomponente ausgedrückt sei. Der Landesrechnungshof habe festgestellt, dass die Kreditaufnahme zulässig sei. Es werde gespart, wo es notwendig sei; gleichzeitig würden Schwerpunkte gesetzt bspw. bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität, der Unterstützung der Kommunen beim Belastungsausgleich für den Unterhaltsvorschuss und durch Anbringung einer Verpflichtungsermächtigung zur Schaffung von Planungssicherheit für die KiTa-Träger.

Bei den Beratungen wurde auch die Vorlage 18/3211 berücksichtigt.

Zur abschließenden Beratung und Abstimmung im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss wurden die aus dem Anhang ersichtlichen Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie von der Fraktion der SPD vorgelegt.

Eine Diskussion im Ausschuss ergab sich zu den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zu Kapitel 20 020, Titel 119 20, Titel 461 10 sowie Titel 624 10 und zu Kapitel 20 650, Titel 325 00, sowie zu den Änderungen im Haushaltsgesetzestext und der gesetzlichen Anlage (Gesamtplan).

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/735 verwiesen.

Der mitberatende Unterausschuss Personal verzichtete in der gemeinsamen Sitzung insgesamt auf die Abgabe von Voten.

Die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten des Haushalts- und Finanzausschusses zu den Änderungsanträgen, zum Haushaltsgesetzestext, seiner Anlagen sowie zum Zahlenwerk ergeben sich aus den Anhängen.

Die Ergebnisse zu den Abstimmungen zu den Geschäftsbereichen bzw. Einzelplänen ergeben sich aus der folgenden Übersicht.

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	Ergebnis/ Bemerkungen
EP 01	keine Veränderungen durch Nachtragshaushaltsgesetz 2024; keine Änderungsanträge der Fraktionen					
EP 02	keine Veränderungen durch Nachtragshaushaltsgesetz 2024; keine Änderungsanträge der Fraktionen					
EP 03	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	unveränderte Annahme
EP 04	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	Ergebnis/ Bemerkungen
EP 05	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	unveränderte Annahme
EP 06	keine Veränderungen durch Nachtragshaushaltsgesetz 2024; keine Änderungsanträge der Fraktionen					
EP 07	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme
EP 08	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme
EP 10	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	unveränderte Annahme
EP 11	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	unveränderte Annahme
EP 12	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme
EP 13	keine Veränderungen durch Nachtragshaushaltsgesetz 2024; keine Änderungsanträge der Fraktionen					
EP 14	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme
EP 15	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	unveränderte Annahme
EP 16	keine Veränderungen durch Nachtragshaushaltsgesetz 2024; keine Änderungsanträge der Fraktionen					
EP 20	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme
Text Nachtragshaushaltsgesetz und gesetzliche Anlagen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	veränderte Annahme

Hinsichtlich des Änderungsantrags zum Nachtragshaushaltsgesetz (Gesetzestext), führte die Landesregierung mit Verweis auf Nummer 3 aus, dass die Tabelle „Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)“ unter „II. Berechnung der vorläufigen Ex-post-Konjunkturkomponente für 2024“ Änderungen erfahren wird. Hierzu wird auf das Ausschussprotokoll verwiesen.

Über den so geänderten Gesetzentwurf, Drucksache 18/9900 wurde im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss am 7. November 2024 abgestimmt. Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und AfD in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen.

Vorsorglich wurde zudem der nachstehende Bereinigungsbeschluss gefasst:

„Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.“

Die vom Minister der Finanzen nach der heutigen Sitzung des HFA als Anlagen zu unseren Beschlussempfehlungen beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 2. und die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der heutigen Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.“

C Ergebnis

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/9900, in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Die Beschlussempfehlung wird ausdrücklich zur 2. und 3. Lesung abgegeben.

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der SPD

Anlage:

Veränderungsnachweis zu den Änderungen in den Einzelplänen

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Personalhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktionen	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	CDU GRÜNE	<p>Kapitel 04 215 Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 190.898.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 120.700 Euro</td> <td style="text-align: center;">190.944.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf 191.019.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Planstellenzahl</p> <p>von 347 Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt um 5 Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt auf 352 Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt sowie</p> <p>von 1044 Bes.Gr. R 1 Staatsanwältin, Staatsanwalt um 10 Bes.Gr. R 1 Staatsanwältin, Staatsanwalt auf 1054 Bes.Gr. R 1 Staatsanwältin, Staatsanwalt und</p> <p>von 5 Bes.Gr. A 6 EA Justizsekretärin, Justizsekretär um 5 Bes.Gr. A 6 EA Justizsekretärin, Justizsekretär auf 10 Bes.Gr. A 6 EA Justizsekretärin, Justizsekretär</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 190.898.700 Euro		um 120.700 Euro	190.944.900 Euro	auf 191.019.400 Euro		<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD ja GRÜNE ja FDP ja AfD nein</p>
HH 2024	Ansatz HH 2023										
von 190.898.700 Euro											
um 120.700 Euro	190.944.900 Euro										
auf 191.019.400 Euro											

		<p>Begründung: Die Einrichtung dieser Stellen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufstockung des im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen ressortierten LBF (Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität) zur verstärkten Bekämpfung der Finanzkriminalität und der Terrorismusfinanzierung ab Dezember 2024. Zur effektiveren Bekämpfung müssen auch die Staatsanwaltschaften parallel personell gestärkt werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Personalhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktionen	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p>CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 04 220 Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 46.884.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 63.700 Euro</td> <td style="text-align: center;">46.844.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf 46.948.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Planstellenzahl</p> <p>von 107 Bes.Gr. R 2 Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>um 3 Bes.Gr. R 2 Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>auf 110 Bes.Gr. R 2 Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>sowie</p> <p>von 307 Bes.Gr. R 1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>um 6 Bes.Gr. R 1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht</p> <p>auf 313 Bes.Gr. R 1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 46.884.400 Euro		um 63.700 Euro	46.844.900 Euro	auf 46.948.100 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 46.884.400 Euro																					
um 63.700 Euro	46.844.900 Euro																				
auf 46.948.100 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	nein																				

		<p>Begründung: Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur schnelleren Bewältigung von asylgerichtlichen Verfahren</p> <p>Die Landesregierung hat am 10.09.2024 einen Kabinettsbeschluss zum Thema „Nordrhein-Westfalen nach Solingen: Sicherheit, Migration, Prävention – den Worten Taten folgen lassen.“, der unter der Säule „Migration“ eine Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit vorsieht, gefasst.</p> <p>Im Frühjahr 2024 wurden die asylgerichtlichen Zuständigkeiten für bestimmte Asyl-Herkunftsstaaten in den einzelnen Verwaltungsgerichten gebündelt. Damit wird eine Spezialisierung der Verwaltungsgerichte ermöglicht und die Grundlage für Synergien zur Bearbeitung von asylgerichtlichen Verfahren gelegt. Um die Verfahrensdauern effektiv zu verkürzen und auf diesem Wege auch für die von der Entscheidung Betroffenen zügiger Klarheit über ihren Schutzstatus zu schaffen, müssen die Verwaltungsgerichte aber auch gezielt personell gestärkt werden. Dies soll durch die Einrichtung von drei zusätzlichen Asylkammern erfolgen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Personalhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktionen	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	CDU GRÜNE	<p>Kapitel 04 220 Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit</p> <p>Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%; text-align: center;">HH 2024</th> <th style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">von 25.483.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">um 30.700 Euro</td> <td style="text-align: center;">23.414.900 Euro</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">auf 25.514.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Erhöhung der Stellenzahl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>von 388 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vergleichbar der Laufbahngruppe 1.2</p> <p>um 6 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vergleichbar der Laufbahngruppe 1.2</p> <p>auf 394 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vergleichbar der Laufbahngruppe 1.2</p> <p>Begründung: Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur schnelleren Bewältigung von asylgerichtlichen Verfahren</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 25.483.300 Euro		um 30.700 Euro	23.414.900 Euro	auf 25.514.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tbody> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 25.483.300 Euro																					
um 30.700 Euro	23.414.900 Euro																				
auf 25.514.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

		<p>Die Landesregierung hat am 10.09.2024 einen Kabinettsbeschluss zum Thema „Nordrhein-Westfalen nach Solingen: Sicherheit, Migration, Prävention – den Worten Taten folgen lassen.“, der unter der Säule „Migration“ eine Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit vorsieht, gefasst.</p> <p>Im Frühjahr 2024 wurden die asylgerichtlichen Zuständigkeiten für bestimmte Asyl-Herkunftsstaaten in den einzelnen Verwaltungsgerichten gebündelt. Damit wird eine Spezialisierung der Verwaltungsgerichte ermöglicht und die Grundlage für Synergien zur Bearbeitung von asylgerichtlichen Verfahren gelegt. Um die Verfahrensdauern effektiv zu verkürzen und auf diesem Wege auch für die von der Entscheidung Betroffenen zügiger Klarheit über ihren Schutzstatus zu schaffen, müssen die Verwaltungsgerichte aber auch gezielt personell gestärkt werden. Dies soll durch die Einrichtung von drei zusätzlichen Asylkammern erfolgen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU GRÜNE	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 518 04 Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>HH 2024 von 888.949.500 Euro um 592.633.000 Euro auf 1.481.582.500 Euro</p> <p>Begründung: Der Justiz wurde im Rahmen des Haushalts 2024 eine Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 888.949.500 € in Kapitel 04 410 Titel 518 04 zur Errichtung einer sogenannten Rotationsanstalt zur Verfügung gestellt. Die VE war unter Zugrundelegung einer zu erwartenden Jahresmiete von 59.263.300 € und der bisherigen Standardlaufzeit des zu schließenden Mietvertrages mit dem BLB NRW von 15 Jahres errechnet worden (Nr. 11 der VV zu § 16 LHO: 15 x 59.263.300 € = 888.949.500 €).</p> <p>Nachdem nunmehr die geänderten Regularien des BLB NRW eine 25-jährige Laufzeit für alle Mietverträge vorsehen und dementsprechend auch die vom BLB NRW vorgelegte Mietindikation für die Rotationsanstalt eine solche 25-jährige Laufzeit enthält, bedarf es zur Beauftragung des BLB</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD Enth. GRÜNE ja FDP ja AfD ja</p>

		<p>NRW einer entsprechend höheren VE, da diese gemäß Nr. 11.2 der VV zu § 16 LHO die gesamte Vertragsdauer abzudecken hat.</p> <p>Die Höhe der Jahresmiete für die Rotationsanstalt ändert sich dadurch nicht.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	CDU GRÜNE	<p>Kapitel 07 010 Ministerium Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 20.439.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.091.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 11.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.450.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Planstellen</p> <p>von 57 Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin (Beförderungsamt) um 1 Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin (Beförderungsamt) auf 58 Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin (Beförderungsamt)</p> <p>von 44 Bes.Gr. A 12 Amtsrat/Amtsärztin um 1 Bes.Gr. A 12 Amtsrat/Amtsärztin auf 45 Bes.Gr. A 12 Amtsrat/Amtsärztin</p> <p>Begründung: Die Stellen dienen der Umsetzung des Maßnahmenpakets "Sicherheit, Migration, Prävention" für die zusätzlichen/erweiterten Aufgaben im Hinblick auf den Datenaustausch, die Einführung eines einheitlichen IT-</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 20.439.300 Euro	20.091.200 Euro	um 11.000 Euro		auf 20.450.300 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 20.439.300 Euro	20.091.200 Euro																				
um 11.000 Euro																					
auf 20.450.300 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	Enth.																				
GRÜNE	ja																				
FDP	Enth.																				
AfD	nein																				

		Verfahrens, den Ausbau der Zentralen Ausländerbehörden, der Unterstützung von Abschiebungen durch die ZABen sowie Maßnahmen für die Steigerung der Erfolgsquote bei Dublin-Überstellungen und für die zusätzlichen/erweiterten Aufgaben zur Maßnahmenenergreifung (bspw. Ausweisungen, Sicherheitsgespräche, Überwachungsmaßnahmen, Abschiebungen).	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 231 10 Erstattung des Bundesanteils an den Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschuss- gesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 301.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">260.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 314.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 301.314.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Es wird inhaltlich Bezug auf den Antrag zur Haushaltsstelle Kap. 07 030 Titel 633 10 genommen. Die Erhöhung des Ansatzes vollzieht die anteilige Beteiligung des Bundes an den Mehrausgaben zu der zuvor genannten Haushaltsstelle.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 301.000.000 Euro	260.000.000 Euro	um 314.300 Euro		auf 301.314.300 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 301.000.000 Euro	260.000.000 Euro																				
um 314.300 Euro																					
auf 301.314.300 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 633 10 Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 527.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">455.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 550.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 527.550.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Ansatzerhöhung werden zusätzliche Mittel nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) veranschlagt, die für Auszahlungen bis zum Jahresende benötigt werden. Am 30.11.2023 wurde die Mindestunterhalts-VO veröffentlicht und damit der ab 01.01.2024 geltende Mindestunterhalt erheblich für minderjährige Kinder in allen Altersstufen erhöht. In der Folge waren auch die Unterhaltsvorschussleistungen entsprechend anzupassen. Der bislang vorgesehene Haushaltsansatz in Höhe von 455 Mio. Euro zzgl. dem schon im Nachtragsentwurf vorgesehenen Betrag in Höhe von 72 Mio. Euro ist vor diesem Hintergrund nicht mehr auskömmlich. Zum Bundesanteil und zu den korrespondierenden Mehreinnahmen wird auf den Antrag zur Haushaltsstelle Kap. 07 030 Titel 231 10 verwiesen.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 527.000.000 Euro	455.000.000 Euro	um 550.000 Euro		auf 527.550.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	Enth.
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 527.000.000 Euro	455.000.000 Euro																				
um 550.000 Euro																					
auf 527.550.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	Enth.																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titel 633 10 Kostenerstattung nach dem Belastungsausgleichsgesetz Jugendhilfe (BAG-JH)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 705.157.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">446.828.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 365.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.070.157.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Ansatzerhöhung werden die noch zusätzlich benötigten Ausgleichsmittel für den Belastungsausgleich Jugendhilfe für die Kindergartenjahre 2021/2022 bis 2023/2024 sowie für den auf das Haushaltsjahr 2024 entfallenden ersten Teil des Kindergartenjahres 2024/2025 gemäß den Festlegungen der Rechtsverordnung zur Anpassung des Belastungsausgleichs Jugendhilfe (RVO BAG-JH) veranschlagt. Neben dem bereits laufenden Belastungsausgleich auf Basis der alten Rechtslage sind für den oben genannten Zeitraum zusätzliche Einmalzahlungen in Höhe von 577.750.359,71 Euro zu leisten.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 705.157.400 Euro	446.828.300 Euro	um 365.000.000 Euro		auf 1.070.157.400 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	Enth.
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 705.157.400 Euro	446.828.300 Euro																				
um 365.000.000 Euro																					
auf 1.070.157.400 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	Enth.																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	Enth.																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titel 633 26 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>HH 2024 von 82.000.000 Euro um 22.100.000 Euro auf 104.100.000 Euro</p> <p>Begründung: Zur Sicherstellung der Bewilligung aller förderfähigen Anträge (Antragsstand: 01.10.2024) für das Kindergartenjahr 2024/2025 zur Förderung der Kita-Helfer:innen sind zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2025 notwendig.</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD ja GRÜNE ja FDP ja AfD Enth.</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titel XXX XX Rettungspaket frühkindliche Bildung</p> <p>Anbringung eines neuen Baransatzes in Höhe von 180.000.000 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Lage der frühkindlichen Bildung hat sich nicht erst seit dem letzten Jahr massiv verschlechtert, aber aktuell ist sie so bedroht wie noch nie. Trägerinsolvenzen sind nicht mehr ausgeschlossen, erste Einrichtungen schließen zum Ende des Jahres und weitere Träger planen Schließungen bzw. planen das Auslaufen insbesondere von kleineren Einrichtungen, da sie nicht mehr wirtschaftlich bzw. nicht mindestens kostendeckend zu betreiben sind. Eltern, die ihre Kinder aktuell in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung eingewöhnen, können nicht sicher sein, dass sie diese auch bis zur Einschulung besuchen können. Der Bedarf an Plätzen kann in einigen Regionen schon länger nicht mehr gestillt werden. Der Neubau der Einrichtungen und die Schaffung der Plätze ist aber immer schwieriger geworden, weil die Finanzierung der Baukosten und Mietkostenzuschüsse nicht mehr der Realität entsprechen.</p> <p>Die Folgen von Inflation und Krieg haben bei den Einrichtungen und Trägern Finanzierungsprobleme immer mehr zugenommen: So teilte die Diakonie bereits mit: Sollten keine Budgetsteigerungen bzw. Zuschüsse für den Bereich der Kindertagesstätten erfolgen, droht die Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung, letztlich die Insolvenz. Die Abgabe von einzelnen Kitas bis hin zur Aufgabe des gesamten Geschäftsbetriebes würde so für viele unausweichlich werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enth. AfD Enth.</p>

		<p>Ungebundene Rücklagen sind längst aufgebraucht. In einer Pressemitteilung der Diakonie heißt es folglich: „Wenn klar wäre, dass das fehlende Geld zeitnah durch neue Zuflüsse wieder eingenommen werden könne, seien auch finanziell angespannte Zeiten aushaltbar. "Aufgrund ausbleibender Zusagen des Landes fehlt derzeit vielen Trägern diese Mut machende Perspektive"[...]. Das führe auch dazu, dass notwendige Investitionen, etwa in energetische Sanierungen von Gebäuden, Fachkraftoffensiven oder die Digitalisierung aufgeschoben würden.“ Die Kitas benötigen also zusätzlich zu einem Rettungspaket auch eine Garantie, dass Mittel weiter fließen.</p> <p>Das Ministerium führt den Namen Chancen NRW diesem Slogan sollten Taten folgen, auf diese warten die Kinder in NRW aber bisher vergeblich.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>HH 2024 von 453.200.000 Euro um 121.450.000 Euro auf 574.650.000 Euro</p> <p>Begründung: Im Jahr 2024 war und ist ein deutlicher Platzaufbau in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes erforderlich, welcher noch nicht abgeschlossen ist. Hintergrund dieses Platzaufbaus sind einerseits die Zugänge von Asylsuchenden sowie die Kriegereignisse in der Ukraine und andererseits die Vermeidung einer Überlastung der Kommunen mit der Unterbringung der ihnen zugewiesenen Personen. Ziel der Landesregierung ist die Schaffung von 41.000 Unterbringungsplätzen in Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis zum 31.12.2024, so dass künftig ein längerer Verbleib der Personen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes möglich ist. Die bislang im Haushalt 2024 etatisierte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.200.000 Euro zzgl. der im Nachtrag vorgesehenen Erhöhung um</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD Enth. GRÜNE ja FDP ja AfD nein</p>

		203.000.000 Euro bei Kapitel 07 090 Titel 547 10 deckt nicht den Bedarf, um insbesondere die erforderlichen Dienstleistungen (Betreuung, Sicherheit, Verpflegung und Sanitätsstation) in den Aufnahmeeinrichtungen zu vergeben.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 51.962.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">46.962.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 53.962.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Ansatzerhöhung wird die schrittweise Erweiterung der Zuständigkeit der fünf Zentralen Ausländerbehörden (ZABen) hin zu einer kompletten Übernahme der praktischen Durchführung von Rückführungen eingeleitet. Dazu korrespondierende Haushaltsmittel werden aufwachsend in den kommenden Haushaltsjahren zur Refinanzierung der Aufgabenwahrnehmung durch die ZABen etatisiert.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 51.962.000 Euro	46.962.000 Euro	um 2.000.000 Euro		auf 53.962.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 51.962.000 Euro	46.962.000 Euro																				
um 2.000.000 Euro																					
auf 53.962.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	Enth.																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 40 Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 571.840.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">571.840.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 70.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 642.340.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Ansatzerhöhung werden die zusätzlichen Bundesmittel für Flüchtlingsaufgaben, die der Bund auf Basis der Bund-Länder-Vereinbarungen zugesagt hat, zu einem Teil an die Kommunen weitergeleitet. Der Erhöhungsbetrag vollzieht den aktuell in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung (FlüAG-Änderungs- und Kreisunterstützungsgesetz) – LT-Drs. 18/10464 – nach.</p> <p>Ein weiterer Teil der Weiterleitung ist im Antrag zu Kap. 07 090 Titel 633 42 geregelt.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 571.840.000 Euro	571.840.000 Euro	um 70.500.000 Euro		auf 642.340.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 571.840.000 Euro	571.840.000 Euro																				
um 70.500.000 Euro																					
auf 642.340.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	Enth.																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis														
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 42 (NEU) Zuweisungen an die Kreise nach dem Gesetz zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung</p> <p>Aufnahme eines neuen Titels</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">15.500.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">---</td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit der Neuveranschlagung werden die zusätzlichen Bundesmittel für Flüchtlingsaufgaben, die der Bund auf Basis der Bund-Länder-Vereinbarungen zugesagt hat, zu einem Teil an die Kommunen weitergeleitet. Der Veranschlagungsbetrag vollzieht den aktuell in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung (FlüAG-Änderungs- und Kreisunterstützungsgesetz) – LT-Drs. 18/10464 – nach.</p> <p>Ein weiterer Teil der Weiterleitung ist im Antrag zu Kap. 07 090 Titel 633 40 geregelt.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	15.500.000 Euro	---	<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																
15.500.000 Euro	---																
CDU	ja																
SPD	Enth.																
GRÜNE	ja																
FDP	ja																
AfD	nein																

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 08
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	CDU GRÜNE	<p>Kapitel 08 400 Wohnen Titel 231 10 Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landes für Wohngeld</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 620.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">635.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 650.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Anhebung des hälftigen Bundesanteils korrespondierend mit der Anhebung des Ansatzes bei Kapitel 08 400 Titel 681 10 auf 1.300.000.000 Euro.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 620.000.000 Euro	635.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 650.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	AfD	ja
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 620.000.000 Euro	635.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 650.000.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
GRÜNE	ja																				
FDP	Enth.																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 08
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 08 400 Wohnen</p> <p>Titel 681 10 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">HH 2024</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.240.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.270.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">60.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.300.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Anhebung des Ansatzes aufgrund der aktuellen Entwicklung der Wohngeldausgaben im laufenden Haushaltsjahr.</p>	HH 2024		Ansatz HH 2023	von	1.240.000.000 Euro	1.270.000.000 Euro	um	60.000.000 Euro		auf	1.300.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	AfD	ja
HH 2024		Ansatz HH 2023																							
von	1.240.000.000 Euro	1.270.000.000 Euro																							
um	60.000.000 Euro																								
auf	1.300.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 12
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Personalhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 12 050 Oberfinanzdirektion NRW und Finanzämter Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">937 494 100 Euro</td> <td style="text-align: right;">977 494 100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">91 400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">937 585 500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Planstellen Die Zahl der Planstellen wird von 20 322 um 15 auf 20 337 erhöht:</p> <p>von 397 Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin um 2 Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin auf 399 Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin</p> <p>von 1 776 Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin (Beförderungsamt) um 13 Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin (Beförderungsamt) auf 1 789 Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin (Beförderungsamt)</p> <p>Begründung: Personelle Aufstockung des LBF zur Bekämpfung der Finanzkriminalität und der Terrorismusfinanzierung ab Dezember 2024.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	937 494 100 Euro	977 494 100 Euro	um	91 400 Euro		auf	937 585 500 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	Enth.
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	937 494 100 Euro	977 494 100 Euro																							
um	91 400 Euro																								
auf	937 585 500 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 12
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 12 050 Oberfinanzdirektion NRW und Finanzämter</p> <p>Titel 547 10 Zusammenfassung von sächlichen Verwaltungsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">HH 2024</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">47 732 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">49 790 900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">47 762 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Folgekosten aufgrund personeller Aufstockung des LBF zur Bekämpfung der Finanzkriminalität und der Terrorismusfinanzierung.</p>	HH 2024		Ansatz HH 2023	von	47 732 000 Euro	49 790 900 Euro	um	30 000 Euro		auf	47 762 000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
HH 2024		Ansatz HH 2023																							
von	47 732 000 Euro	49 790 900 Euro																							
um	30 000 Euro																								
auf	47 762 000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 14 010 Ministerium Titel 536 00 Atomrechtliche Ersatzvornahmen im Zuge der Restabwicklung des Thoriumhochtemperaturreaktors 300 (THTR-300)</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels mit Strichansatz und drei Haushaltsvermerken:</p> <p>Vermerk Nr. 1: „Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 20 020 Titel 697 00 überschritten werden.“</p> <p>Vermerk Nr. 2: „Bei Kapitel 20 020 Titel 697 00 nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen dürfen zusätzlich in Anspruch genommen werden.“</p> <p>Vermerk Nr. 3: „Aus diesem Titel dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn bei anderen Titeln des Landeshaushalts Ausgaben für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).“</p> <p>Begründung: Die Ausbringung des neuen Titels erfolgt aus Gründen der Gefahrenabwehr im Rahmen der Atomaufsicht des Landes.</p> <p>Das Landgericht Düsseldorf hat mit Urteil vom 30. August 2024 festgestellt, dass sich aus der Rahmenvereinbarung des Jahres 1989 zum THTR keine Verpflichtung des</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD Enth. GRÜNE ja FDP ja AfD Enth.</p>

		<p>Bundes und des Landes ergibt, sämtliche nicht durch eigene Finanzmittel der Betreiber-gesellschaft gedeckte Fehlbeträge für die geordnete Restabwicklung des Reaktors zu tragen.</p> <p>Mangels Zahlungsverpflichtung aus der Rahmenvereinbarung ist nunmehr die finanzi-elle Situation der Betreibergesellschaft nicht mehr gesichert. Die Betreibergesellschaft hat daher der Atomaufsicht des Landes mitgeteilt, dass ihre finanzielle Liquidität akut gefährdet sei. Falls die Betreibergesellschaft aufgrund fehlender Liquidität ihren atom- und strahlenschutzrechtlichen Pflichten nicht mehr vollumfänglich nachkommen kann, wird die Atomaufsicht im Wege der Ersatzvornahme einschreiten und die kerntechni-sche Sicherheit – wie auch jetzt – jederzeit sicherstellen.</p> <p>Da das Land das Atomgesetz im Auftrag des Bundes ausführt, wird das Land diese dann offenbleibenden Forderungen als Zweckausgaben im Rahmen der Bundesauf-tragsverwaltung nach dem Grundgesetz beim Bund geltend machen.</p> <p>Der neue Titel weist einen Strichansatz auf; die erforderlichen Mittel für die atomauf-sichtliche Maßnahmen in Verbindung mit einer Ersatzvornahme werden im Wege einer Verstärkung (Deckung) aus dem im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 020 mit 4.450.000 Euro dotierten Titel 697 00 bereitgestellt. Gleiches gilt für die im Einzel-plan 20 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung.</p> <p>Die im Einzelplan 20 veranschlagten Zuschüsse dienen der Restabwicklung des THTR 300. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 63.750.000 Euro dient dem Abschluss einer 4. Ergänzungsvereinbarung zu dem vom Bund, Land, der Hochtem-peratur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) und ihren Gesellschaftern geschlossenen Rah-menvertrag zur geordneten Restabwicklung des Projektes THTR 300.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 14 400 Innovation und Technologie Titelgruppe 62 Einrichtung eines IRIS2 / GOVSATCOM-Kontrollzentrums (Landesanteil)</p> <p><u>Streichung eines Haushaltsvermerks und Ausbringung von zwei neuen Haushaltsvermerken bei den Ausgaben der Titelgruppe</u></p> <p>Die Haushaltsvermerke zur Titelgruppe 62 werden wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Streichung des Haushaltsvermerks Nr. 1. Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 2 wird zur Nr. 1. 2. Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks (Vermerk Nr. 2): „Die Ausgaben der Titelgruppe sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO).“ 3. Ausbringung eines weiteren neuen Haushaltsvermerks (Vermerk Nr. 3): „Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.“ <p>Titel 892 62 Zuschüsse an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	0 Euro	0 Euro	um	50.000.000 Euro		auf	50.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	50.000.000 Euro																								
auf	50.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

		<p>Begründung: Die Bundesrepublik Deutschland bewirbt sich mit einem Standort in Nordrhein-Westfalen um den Zuschlag für die Errichtung eines primären GovSatCom-Hubs.</p> <p>Ein GovSatCom-Hub ist Bestandteil der Infrastruktur des GovSatCom-Programms der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm. Im Rahmen des Programms soll eine neuartige Satelliten-Konstellation (IRIS2) eine hochsichere und souveräne Kommunikation für Regierungen und Behörden der EU-Mitgliedsstaaten ermöglichen. Das von Nordrhein-Westfalen finanzierte Gebäude (GovSatCom-Hub) soll dabei die Technik zur Nutzung der Satelliten-Services beherbergen.</p> <p>Bei einer erfolgreichen Bewerbung erfolgt die Umsetzung des Baus durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) unter Begleitung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (Einzelplan 14). Die dafür erforderlichen Mittel (Landesanteil) werden derzeit im Einzelplan 20 vorgehalten und im Wege der Verstärkung dem Einzelplan 14 zur Verfügung gestellt.</p> <p>Das Bewerbungsverfahren ist weit fortgeschritten; die Zuschlagserteilung ist sehr wahrscheinlich. Die im Einzelplan 20 vorgehaltenen Mittel werden daher vollständig in den Einzelplan 14 in das Kapitel 14 400 Titel 892 62 verlagert.</p> <p>Infolge der Mittelverlagerung werden die Haushaltsvermerke zur Titelgruppe 62 angepasst. Durch die vollständige Mittelverlagerung aus dem Einzelplan 20 verliert der Haushaltsvermerk Nr. 1 seine Funktion. Es ist nicht sicher, dass die Mittel bis Ende des Haushaltsjahres 2024 vollständig verausgabt werden. Die nicht verausgabten und zugleich benötigten Mittel werden zur Selbstbewirtschaftung übertragen (Haushaltsvermerk Nr. 2), um sicherzustellen, dass die Projektumsetzung nicht gefährdet wird. Eine verzögerte Umsetzung des Projekts hätte unweigerlich Mehrausgaben zur Folge, hätte negative politische Folgewirkungen und wäre nicht wirtschaftlich.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 011 00 Lohnsteuer (Landesanteil)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">21.731.100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">21.105.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">203.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">21.527.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	21.731.100.000 Euro	21.105.000.000 Euro	um	203.800.000 Euro		auf	21.527.300.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	21.731.100.000 Euro	21.105.000.000 Euro																							
um	203.800.000 Euro																								
auf	21.527.300.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 012 00 Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">6.196.700.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">6.627.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">309.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.506.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	6.196.700.000 Euro	6.627.000.000 Euro	um	309.300.000 Euro		auf	6.506.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	6.196.700.000 Euro	6.627.000.000 Euro																							
um	309.300.000 Euro																								
auf	6.506.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 013 00 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge - Landesanteil)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von 3.157.300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.496.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 38.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.119.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 3.157.300.000 Euro	3.496.000.000 Euro	um 38.100.000 Euro		auf 3.119.200.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 3.157.300.000 Euro	3.496.000.000 Euro																				
um 38.100.000 Euro																					
auf 3.119.200.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	ja																				
GRÜNE	ja																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 014 00 Körperschaftsteuer (Landesanteil)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.217.700.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.150.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">230.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.987.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	4.217.700.000 Euro	4.150.000.000 Euro	um	230.200.000 Euro		auf	3.987.500.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	4.217.700.000 Euro	4.150.000.000 Euro																							
um	230.200.000 Euro																								
auf	3.987.500.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 015 10 Umsatzsteuer (Landesanteil)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">23.880.720.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.956.200.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">609.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">23.271.620.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	23.880.720.000 Euro	20.956.200.000 Euro	um	609.100.000 Euro		auf	23.271.620.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	23.880.720.000 Euro	20.956.200.000 Euro																							
um	609.100.000 Euro																								
auf	23.271.620.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 016 10 Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.701.100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.040.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">165.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">7.866.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	7.701.100.000 Euro	9.040.000.000 Euro	um	165.600.000 Euro		auf	7.866.700.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	7.701.100.000 Euro	9.040.000.000 Euro																							
um	165.600.000 Euro																								
auf	7.866.700.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 017 10 Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">767.400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">696.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">752.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	767.400.000 Euro	696.000.000 Euro	um	15.200.000 Euro		auf	752.200.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	767.400.000 Euro	696.000.000 Euro																							
um	15.200.000 Euro																								
auf	752.200.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 018 00 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Landesanteil)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.587.300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">703.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">48.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.635.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	1.587.300.000 Euro	703.000.000 Euro	um	48.300.000 Euro		auf	1.635.600.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	1.587.300.000 Euro	703.000.000 Euro																							
um	48.300.000 Euro																								
auf	1.635.600.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 052 00 Erbschaftsteuer</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.332.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.099.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">95.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.427.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	2.332.000.000 Euro	2.099.000.000 Euro	um	95.000.000 Euro		auf	2.427.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	2.332.000.000 Euro	2.099.000.000 Euro																							
um	95.000.000 Euro																								
auf	2.427.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 053 00 Grunderwerbsteuer</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.736.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.813.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">204.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.940.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	2.736.000.000 Euro	3.813.000.000 Euro	um	204.000.000 Euro		auf	2.940.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	2.736.000.000 Euro	3.813.000.000 Euro																							
um	204.000.000 Euro																								
auf	2.940.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 057 00 Lotteriesteuer</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">412.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">379.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">39.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">451.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	412.000.000 Euro	379.000.000 Euro	um	39.000.000 Euro		auf	451.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	412.000.000 Euro	379.000.000 Euro																							
um	39.000.000 Euro																								
auf	451.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 058 10 Virtuelle Automatensteuer</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">51.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">103.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">46.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	51.000.000 Euro	103.000.000 Euro	um	5.000.000 Euro		auf	46.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	51.000.000 Euro	103.000.000 Euro																							
um	5.000.000 Euro																								
auf	46.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 058 20 Online-Pokersteuer</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">8.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	7.000.000 Euro	8.000.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	8.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	7.000.000 Euro	8.000.000 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	8.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 061 00 Biersteuer</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">158.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">158.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">155.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Veränderung des Ansatzes erfolgt auf Basis von Erkenntnissen aus der 167. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 2024 stattgefunden hat.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	158.000.000 Euro	158.000.000 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	155.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	158.000.000 Euro	158.000.000 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	155.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 119 20 Einnahmen aus der Rückübertragung nicht mehr benötigter Selbstbewirtschaftungsmittel</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">859.990.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">127.300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">135.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">994.990.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zur anteiligen Finanzierung der Kostenerstattung nach dem Belastungsausgleichsgesetz Jugendhilfe (BAG-JH) im Einzelplan 07 bei Kapitel 07 040 Titel 633 10 werden Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von 135 Mio. EUR in den Einzelplan 20 rückübertragen.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	859.990.300 Euro	127.300.000 Euro	um	135.000.000 Euro		auf	994.990.300 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	AfD	Enth.
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	859.990.300 Euro	127.300.000 Euro																							
um	135.000.000 Euro																								
auf	994.990.300 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Personalhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 461 10 Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppen 41, 43, 44 und 45 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Hauptgruppe 6 in den Versorgungskapiteln der Einzelpläne sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5 - 7 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Hochschulen und Universitätskliniken</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">237.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">328.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Ansatz wird auf Basis der Erkenntnisse aus der aktuellen Entwicklung der Ausgaben für Beihilfen und einer aktuellen Prognose zur Entwicklung der Ausgaben im weiteren Jahresverlauf um 237 Millionen Euro erhöht.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	91.000.000 Euro	91.000.000 Euro	um	237.000.000 Euro		auf	328.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	nein	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	91.000.000 Euro	91.000.000 Euro																							
um	237.000.000 Euro																								
auf	328.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 547 11 Zur Verstärkung der Ansätze im Zusammenhang mit der Einrichtung eines IRIS2 / GOVSATCOM-Kontrollzentrums (Landesanteil)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>sowie</p> <p>Streichung des Haushaltsvermerks.</p> <p>Begründung: Die Bundesrepublik Deutschland bewirbt sich mit einem Standort in Nordrhein-Westfalen um den Zuschlag für die Errichtung eines primären GovSatCom-Hubs.</p> <p>Ein GovSatCom-Hub ist Bestandteil der Infrastruktur des GovSatCom-Programms der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm. Im Rahmen des Programms soll eine neuartige Satelliten-Konstellation (IRIS2) eine hochsichere und souveräne Kommunikation für Regierungen und Behörden der EU-Mitgliedsstaaten</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	50.000.000 Euro	0 Euro	um	50.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	50.000.000 Euro	0 Euro																							
um	50.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

		<p>ermöglichen. Das von Nordrhein-Westfalen finanzierte Gebäude (GovSatCom-Hub) soll dabei die Technik zur Nutzung der Satelliten-Services beherbergen.</p> <p>Bei einer erfolgreichen Bewerbung erfolgt die Umsetzung des Baus durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) unter Begleitung des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (Einzelplan 14). Die dafür erforderlichen Mittel (Landesanteil) werden derzeit im Einzelplan 20 vorgehalten und im Wege der Verstärkung dem Einzelplan 14 zur Verfügung gestellt.</p> <p>Das Bewerbungsverfahren ist weit fortgeschritten; die Zuschlagserteilung ist sehr wahrscheinlich. Die im Einzelplan 20 bei diesem Titel vorgehaltenen Mittel werden daher vollständig in den Einzelplan 14 in das Kapitel 14 400 Titel 892 62 verlagert. Mit der Verlagerung der Mittel verliert der Haushaltsvermerk seine Funktion und wird daher gestrichen.</p>	
--	--	--	--

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 624 10 Zuweisungen an das Sondervermögen “Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ zur Leistung des Schuldendienstes</p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von[180.000.000 Euro um[-180.000.000 Euro auf 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Absenkung der Mittel beruht auf einem Vorschlag des Landesrechnungshofs in der 20. Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 08.10.2024, vgl. APr 18/700 S. 13. Das Finanzministerium plant die Mittel im Restvermögen des Sondervermögens in Höhe von rund 245 Millionen Euro zur Finanzierung des Schuldendienstes in 2024 einsetzen und den Schuldendienst nicht, wie im Haushaltsplan 2024 etatisiert, aus dem Landeshaushalt zu finanzieren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 624 10 Zuweisungen an das Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ zur Leistung des Schuldendienstes</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Schuldendienst für die im Landeshaushalt aufgenommenen und dem Sondervermögen „NRW-Krisenbewältigung“ zur Verfügung gestellten Kredite wird im Sondervermögen bedient und nachgewiesen. Die zur Leistung des Schuldendienstes erforderlichen Mittel werden dem Sondervermögen aus dem Landeshaushalt bei diesem Titel zur Verfügung gestellt. Das Sondervermögen weist einen ausreichend hohen Bestand auf, um die in 2024 fälligen Zins- und Tilgungszahlungen leisten zu können. Eine Mittelzuweisung aus dem Landeshaushalt ist nicht erforderlich.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	180.000.000 Euro	0 Euro	um	180.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein	AfD	Enth.
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	180.000.000 Euro	0 Euro																							
um	180.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
AfD	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 697 00 Zuschüsse im Zusammenhang mit der geordneten Stilllegung des THTR 300 in Hamm-Uentrop</p> <p>Ausbringung von drei Haushaltsvermerken:</p> <p>Vermerk Nr. 1: „Siehe Deckungsvermerk (Vermerk Nr. 1) bei Kapitel 14 010 Titel 536 00.“</p> <p>Vermerk Nr. 2: „Siehe Deckungsvermerk (Vermerk Nr. 2) bei Kapitel 14 010 Titel 536 00.“</p> <p>Vermerk Nr. 3: „Aus diesem Titel dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn bei anderen Titeln des Landeshaushalts Ausgaben für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).“</p> <p>Begründung: Die im Einzelplan 20 veranschlagten Zuschüsse in Höhe von 4.450.000 Euro dienen der Restabwicklung des THTR 300. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 63.750.000 Euro dient dem Abschluss einer 4. Ergänzungsvereinbarung zu dem vom Bund, Land, der Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) und ihren Gesellschaftern geschlossenen Rahmenvertrag zur geordneten Restabwicklung des Projektes THTR 300.</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD Enth. GRÜNE ja FDP ja AfD Enth.</p>

		<p>Das Landgericht Düsseldorf hat mit Urteil vom 30. August 2024 festgestellt, dass sich aus der Rahmenvereinbarung des Jahres 1989 zum THTR keine Verpflichtung des Bundes und des Landes ergibt, sämtliche nicht durch eigene Finanzmittel der Betreibergesellschaft gedeckte Fehlbeträge für die geordnete Restabwicklung des Reaktors zu tragen.</p> <p>Mangels Zahlungsverpflichtung aus der Rahmenvereinbarung ist nunmehr die finanzielle Situation der Betreibergesellschaft nicht mehr gesichert. Die Betreibergesellschaft hat daher der Atomaufsicht des Landes mitgeteilt, dass ihre finanzielle Liquidität akut gefährdet sei. Falls die Betreibergesellschaft aufgrund fehlender Liquidität ihren atom- und strahlenschutzrechtlichen Pflichten nicht mehr vollumfänglich nachkommen kann, wird die Atomaufsicht im Wege der Ersatzvornahme einschreiten und die kerntechnische Sicherheit – wie auch jetzt – jederzeit sicherstellen.</p> <p>Mit der Anpassung der Haushaltsstrukturen wird für den Fall einer notwendigen Ersatzvornahme haushaltsrechtliche Vorsorge getroffen. Dazu wird ein neuer Titel im Einzelplan 14 ausgebracht und die Haushaltsvermerke im Einzelplan 20 werden angepasst. Der neue Titel 536 00 im Kapitel 14 010 weist einen Strichansatz auf; die erforderlichen Mittel (einschließlich Verpflichtungsermächtigung) für die atomaufsichtliche Maßnahmen in Verbindung mit einer Ersatzvornahme werden im Wege einer Verstärkung (Deckung) aus dem im Einzelplan 20 bereitgestellt.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung</p> <p>Titel 162 00 Zinseinnahmen aus Geldmarktgeschäften</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">380.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">150.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">580.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Infolge der Erkenntnisse aus dem Haushaltsvollzug 2024 ergeben sich gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz um 200 Millionen Euro höhere Zinseinnahmen aus Geldmarktgeschäften.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	380.000.000 Euro	150.000.000 Euro	um	200.000.000 Euro		auf	580.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	380.000.000 Euro	150.000.000 Euro																							
um	200.000.000 Euro																								
auf	580.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung</p> <p>Titel 325 00 Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">von 2.181.012.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">143.973.000 Euro</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">um 248.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">auf 2.429.312.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Das Ministerium der Finanzen wird gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 Haushaltsgesetz 2024 ermächtigt, Kreditmittel zur Deckung der Ausgaben des Haushaltsplans 2024 gemäß § 3 Haushaltsgesetz 2024 bis zu einem Höchstbetrag von 2.286.000.000 Euro aufzunehmen. Hierbei sind 143.312.000 Euro zur Tilgung fällig werdende Kredite im öffentlichen Bereich bereits berücksichtigt, so dass sich der oben genannte Baransatz von 2.429.312.000 Euro ergibt.</p>	HH 2024	Ansatz HH 2023	von 2.181.012.000 Euro	143.973.000 Euro	um 248.300.000 Euro		auf 2.429.312.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	AfD	nein
HH 2024	Ansatz HH 2023																				
von 2.181.012.000 Euro	143.973.000 Euro																				
um 248.300.000 Euro																					
auf 2.429.312.000 Euro																					
CDU	ja																				
SPD	nein																				
GRÜNE	ja																				
FDP	nein																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung</p> <p>Titel 575 10 Zinsen für Kreditmarktmittel</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.150.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.700.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">350.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.800.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Anpassung der Höhe der Zinsausgaben beruht auf einer aktuellen Prognose zur Zinsentwicklung.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	3.150.000.000 Euro	2.700.000.000 Euro	um	350.000.000 Euro		auf	2.800.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	ja
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	3.150.000.000 Euro	2.700.000.000 Euro																							
um	350.000.000 Euro																								
auf	2.800.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Einzelplan 20 Wirtschaftsplan des Sondervermögens Beilage 6 „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 3</p> <p>Der Haushaltsvermerk Nr. 3 zu den Ausgaben wird geändert und wie folgt neu gefasst: „Einnahmen bei den Titeln 222 00 und 232 00 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln 632 20 und 632 25 herangezogen werden.“</p> <p>Begründung: Folgewirkung der Änderung des Ansatzes bei Titel 222 00.</p> <p>Titel 222 00 Einnahmen aus Zuweisungen des Landes zur Leistung des Schuldendienstes</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	180.000.000 Euro	0 Euro	um	180.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein	AfD	Enth.
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	180.000.000 Euro	0 Euro																							
um	180.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
AfD	Enth.																								

		<p>Begründung: Der Schuldendienst für die im Landeshaushalt aufgenommenen und dem Sondervermögen „NRW-Krisenbewältigung“ zur Verfügung gestellten Kredite wird im Sondervermögen bedient und nachgewiesen. Die zur Leistung des Schuldendienstes erforderlichen Mittel werden dem Sondervermögen aus dem Landeshaushalt bei diesem Titel zur Verfügung gestellt. Das Sondervermögen weist einen ausreichend hohen Bestand auf, um die in 2024 fälligen Zins- und Tilgungszahlungen leisten zu können. Eine Mittelzuweisung aus dem Landeshaushalt ist nicht erforderlich.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 371 20 Globale Mehreinnahmen in allen Einzelplänen</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">HH 2024</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">440.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">620.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">290.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Infolge der Erkenntnisse aus dem Haushaltsvollzug 2024 und einer aktuellen Prognose werden gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz um 150 Millionen Euro geringere Globale Mehreinnahmen erwartet.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	440.000.000 Euro	620.000.000 Euro	um	150.000.000 Euro		auf	290.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	AfD	nein
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	440.000.000 Euro	620.000.000 Euro																							
um	150.000.000 Euro																								
auf	290.000.000 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2024
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 371 10 Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">HH 2024</td> <td style="text-align: center;">Ansatz HH 2023</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.437.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">599.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">516.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">920.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Ansatz wird zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans um 516.800 Euro gemindert.</p>		HH 2024	Ansatz HH 2023	von	1.437.500 Euro	599.900 Euro	um	516.800 Euro		auf	920.700 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	AfD	nein
	HH 2024	Ansatz HH 2023																							
von	1.437.500 Euro	599.900 Euro																							
um	516.800 Euro																								
auf	920.700 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag der Fraktionen
zum Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis										
	<p style="text-align: center;">CDU GRÜNE</p>	<p>Der Gesetzentwurf über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024 - NHHG 2024) - Drucksache 18/9900 - wird wie folgt geändert:</p> <p>Artikel 1 des Gesetzentwurfs:</p> <p>5. In Nummer 2 wird die Zahl „102 578 854 300“ durch die Zahl „102 799 751 800“ ersetzt.</p> <p>6. In Nummer 3 wird die Zahl „2 037 700 000“ durch die Zahl „2 286 000 000“ ersetzt.</p> <p>7. Nummer 4 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 3 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>(2) Ermittlung der Konjunkturkomponente Nach § 18g der Landeshaushaltsordnung kann bei Nachträgen zum Haushaltsgesetz die nach § 18d der Landeshaushaltsordnung ermittelte zulässige Kreditaufnahme maximal um den Betrag erhöht werden, der sich bei der Ermittlung der Konjunkturkomponente aus der Differenz der zuvor zugrunde gelegten erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt und der aktuell erwarteten Wirkung der konjunkturellen Entwicklung auf den Haushalt ergibt. Um die nach § 18g der Landeshaushaltsordnung zulässige Kreditaufnahme zu ermitteln, wird eine vorläufige Ex-post-</p>	<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	ja	SPD	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	AfD	nein
CDU	ja												
SPD	nein												
GRÜNE	ja												
FDP	nein												
AfD	nein												

		<p>Konjunkturkomponente berechnet, bei der die nach § 18d der Landeshaushaltsordnung ermittelte Ex-ante-Konjunkturkomponente zugrunde gelegt wird. Der Wert der vorläufigen Ex-post-Konjunkturkomponente wird grundsätzlich nach dem Verfahren nach § 18e der Landeshaushaltsordnung ermittelt. Die Steuerabweichungskomponente errechnet sich vorläufig als Differenz zwischen den nach der Herbststeuerschätzung 2024 erwarteten Steuereinnahmen und den bei der Haushaltsaufstellung erwarteten Steuereinnahmen nach § 18d Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung. Die Differenz ist um die Auswirkungen von Rechtsänderungen auf die Steuereinnahmen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt waren und bis zur Herbststeuerschätzung 2024 kassenwirksam wurden, zu bereinigen. Die Berechnung der Ex-ante-Konjunkturkomponente und der vorläufigen Ex-post-Konjunkturkomponente ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz und wird neuer Bestandteil des Gesamtplans nach § 13 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung. Die Anlage trägt die Bezeichnung „Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)“.</p> <p>4. Nummer 6 wird wie folgt angepasst:</p> <p>Der dem Entwurf eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 beigefügte Gesamtplan wird nach Maßgabe der Änderungen zu den Nummern 1-3 angepasst.</p> <p>Begründung:</p> <p>Zu Nummer 1 - Haushaltsvolumen</p> <p>Die Änderung im Haushaltsvolumen ist Folge der Ansatzänderungen in den Einzelplänen.</p>	
--	--	--	--

		<p>Zu Nummer 2 - Kreditmittel</p> <p>An dieser Stelle wird eine Aktualisierung der vorläufigen Bestimmung der Ex-post-Konjunkturkomponente auf Basis der Herbststeuerschätzung 2024 vorgenommen.</p> <p>Zu Nummer 3 - Ermittlung der Konjunkturkomponente</p> <p>Bei Änderungen der konjunkturellen Lage kann es während des Haushaltsvollzug erforderlich sein, nicht vorhersehbare Entwicklungen bei den Einnahmen, die nicht auf einer Ausnahmesituation nach § 18b der Landeshaushaltsordnung beruhen, aufzugreifen und die Kreditaufnahme anzupassen. An dieser Stelle wird nun eine Anpassung an die aktuelle Herbststeuerschätzung 2024 vorgenommen. Die Berechnung erfolgt grundsätzlich gemäß § 18e der Landeshaushaltsordnung. Für die Steuerabweichungskomponente wird hierzu die Differenz zwischen den nach der Herbststeuerschätzung 2024 erwarteten Steuereinnahmen und den bei der Haushaltsaufstellung erwarteten Steuereinnahmen nach § 18d Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung errechnet. Die Differenz ist um die Auswirkungen von Rechtsänderungen auf die Steuereinnahmen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt waren und bis zur Herbststeuerschätzung 2024 kassenwirksam wurden, zu bereinigen.</p> <p>Zu Nummer 4 - Gesamtplan</p> <p>Der dem Haushaltsgesetz 2024 beigefügte Gesamtplan wird nach Maßgabe der Änderungen zu den Nummern 1-3 angepasst.</p>	
--	--	---	--

Änderungen im Entwurf des Nachtragshaushalts 2024

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen des Nachtragshaushaltsentwurfs 2024 (Drucksache 18/9900). Dabei berücksichtigt der "bisherige Haushaltsansatz 2024" den Stand der Einbringung.

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Ministeriums

der Justiz

für das Haushaltsjahr

2024

Kapitel 04 215
Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

04 215 **Generalstaatsanwaltschaften
und Staatsanwaltschaften**

A u s g a b e n

Personalausgaben

422 01 051 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter.** **190 898 700** **+120 700** **191 019 400**

Planstellen

2024 neu	2024 bisher	
352	347	Bes.Gr. R 2 Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt
1.054	1.044	Bes.Gr. R 1 Staatsanwältin, Staatsanwalt
10	5	Bes.Gr. A 6 Justizsekretärin, Justizsekretär (Einstiegsamt)

3.453	3.433	Planstellen
2		davon Dienstwohnungsinhaber

Gliederung nach Laufbahngruppen

1.548	1.533	Laufbahngruppe 2.2
838	838	Laufbahngruppe 2.1
773	768	Laufbahngruppe 1.2
294	294	Laufbahngruppe 1.1

Gesamtausgaben Kapitel 04 215.	353 527 500	+120 700	353 648 200
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 215.	450 000	—	450 000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
------------------	--------------------------------------	---	----------------------------------	--

04 220 **Gerichte der allgemeinen
Verwaltungsgerichtsbarkeit****A u s g a b e n****Personalausgaben**

422 01 051 **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter.** **46 884 400 +63 700 46 948 100**

Planstellen

2024 neu	2024 bisher	
110	107	Bes.Gr. R 2 Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht
313	307	Bes.Gr. R 1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht
683	674	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
		Gliederung nach Laufbahngruppen
527	518	Laufbahngruppe 2.2
44	44	Laufbahngruppe 2.1
56	56	Laufbahngruppe 1.2
56	56	Laufbahngruppe 1.1

428 01 051 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. . .** **25 483 300 +30 700 25 514 000**

Erläuterung
Zu Titel 428 01:

Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2024 neu	Stellensoll 2024 bisher	mehr (+) / weniger (-)
Laufbahngruppe 1.2	394	388	+6
Gesamt	426	420	+6

Gesamtausgaben Kapitel 04 220. **92 292 500 +94 400 92 386 900**

Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 220. **250 000 — 250 000**

Kapitel 04 410
Justizvollzugseinrichtungen

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

04 410 Justizvollzugseinrichtungen

A u s g a b e n

Sächliche Verwaltungsausgaben

518 04	056	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschafts-				
		betrieb NRW.....		197 375 000	—	197 375 000
		Verpflichtungsermächtigung:				
		bisher	mehr / weniger			neu
		888 949 500	+592 633 000			1 481 582 500
Gesamtausgaben Kapitel 04 410.....				937 208 100	—	937 208 100
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 410.....				917 318 300	+592 633 000	1 509 951 300

Veränderungsnachweis

Einzelplan 04
Ministerium der Justiz

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Gesamteinnahmen		1 593 005 100	—	1 593 005 100
Gesamtausgaben		5 237 887 100	+215 100	5 238 102 200
Verpflichtungsermächtigungen		958 818 300	+592 633 000	1 551 451 300

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Ministeriums für Kinder,

Jugend, Familie, Gleichstellung,

Flucht und Integration

für das Haushaltsjahr

2024

Veränderungsnachweis

Kapitel 07 010
Ministerium

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer				
07 010	Ministerium			
	Ausgaben			
	Personalausgaben			
422 01 011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter.	20 439 300	+11 000	20 450 300
	Planstellen			
	2024 neu	2024 bisher		
	58	57		Bes.Gr. A 13 Regierungsrätin, Regierungsrat (Beförderungsamt)
	45	44		Bes.Gr. A 12 Amträtin, Amtsrat
	318	316		Planstellen
	—			davon Dienstwohnungsinhaber
				Gliederung nach Laufbahngruppen
	180	180		Laufbahngruppe 2.2
	128	126		Laufbahngruppe 2.1
	10	10		Laufbahngruppe 1.2
	—	—		Laufbahngruppe 1.1
	Gesamtausgaben Kapitel 07 010.	46 003 800	+11 000	46 014 800
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 010.	950 000	—	950 000

Kapitel 07 030

Veränderungsnachweis

Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer				
07 030	Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt			
	E i n n a h m e n			
	Übrige Einnahmen			
231 10 237	Erstattung des Bundesanteils an den Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.	301 000 000	+314 300	301 314 300
	Gesamteinnahmen Kapitel 07 030.	346 210 000	+314 300	346 524 300
	A u s g a b e n			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
633 10 237	Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.	527 000 000	+550 000	527 550 000
	Gesamtausgaben Kapitel 07 030.	711 903 000	+550 000	712 453 000
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 030.	13 041 000	—	13 041 000

Veränderungsnachweis

Kapitel 07 040
Kinder- und Jugendhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer				
07 040	Kinder- und Jugendhilfe			
	A u s g a b e n			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
633 10 271	Kostenerstattung nach dem Belastungsausgleichs- gesetz Jugendhilfe (BAG-JH).	705 157 400	+365 000 000	1 070 157 400
633 26 271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen.	140 000 000	—	140 000 000
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	82 000 000		
	mehr / weniger	+22 100 000		
	neu	104 100 000		
	Gesamtausgaben Kapitel 07 040.	6 133 670 800	+365 000 000	6 498 670 800
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 040.	162 244 000	+22 100 000	184 344 000

Kapitel 07 090
Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
07 090	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge			
	A u s g a b e n			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
547 10	249 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Auf- nahmeeinrichtungen des Landes.	454 864 200	—	454 864 200
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher			neu
	453 200 000		+121 450 000	574 650 000
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
633 10	249 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehör- den.	51 962 000	+2 000 000	53 962 000
633 40	249 Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmege- setz.	571 840 000	+70 500 000	642 340 000
n e u				
633 42	249 Zuweisungen an die Kreise nach dem Gesetz zur Un- terstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung. .	—	+15 500 000	15 500 000
	Gesamtausgaben Kapitel 07 090.	1 607 659 200	+88 000 000	1 695 659 200
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 090.	461 700 000	+121 450 000	583 150 000

EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Gesamteinnahmen	426 304 100	+314 300	426 618 400
Gesamtausgaben	8 634 610 700	+453 561 000	9 088 171 700
Verpflichtungsermächtigungen	679 970 700	+143 550 000	823 520 700

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Ministeriums für Heimat,

Kommunales, Bau und Digitalisierung

für das Haushaltsjahr

2024

Veränderungsnachweis

Kapitel 08 400
Wohnen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			
08 400	Wohnen			
	E i n n a h m e n			
	Übrige Einnahmen			
231 10 233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landes für Wohngeld.	620 000 000	+30 000 000	650 000 000
	Gesamteinnahmen Kapitel 08 400.	1 024 152 000	+30 000 000	1 054 152 000
	A u s g a b e n			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
681 10 233	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz.	1 240 000 000	+60 000 000	1 300 000 000
	Gesamtausgaben Kapitel 08 400.	1 907 868 000	+60 000 000	1 967 868 000
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 08 400.	543 560 000	—	543 560 000

EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Gesamteinnahmen	1 237 069 400	+30 000 000	1 267 069 400
Gesamtausgaben	2 994 184 200	+60 000 000	3 054 184 200
Verpflichtungsermächtigungen	1 282 829 000	—	1 282 829 000

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich des

Ministeriums der Finanzen für

das Haushaltsjahr

2024

Kapitel 12 050
Oberfinanzdirektion NRW und Finanzämter

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer				
12 050	Oberfinanzdirektion NRW und Finanzämter			
	A u s g a b e n			
	Personalausgaben			
422 01 061	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter.	937 494 100	+91 400	937 585 500
	Planstellen			
	2024 neu	2024 bisher		
	399	397		Bes.Gr. A 14 Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat
	1.789	1.776		Bes.Gr. A 13 Regierungsrätin, Regierungsrat (Beförderungsamt)
	20.337	20.322		Planstellen
	6			davon Dienstwohnungsinhaber
				Gliederung nach Laufbahngruppen
	989	987		Laufbahngruppe 2.2
	12.944	12.931		Laufbahngruppe 2.1
	6.299	6.299		Laufbahngruppe 1.2
	105	105		Laufbahngruppe 1.1
				Sächliche Verwaltungsausgaben
547 10 061	Zusammenfassung von sächlichen Verwaltungsausgaben.	47 732 000	+30 000	47 762 000
	Gesamtausgaben Kapitel 12 050.	1 494 048 000	+121 400	1 494 169 400
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 12 050.	33 800 000	—	33 800 000

Veränderungsnachweis

Einzelplan 12
Ministerium der Finanzen

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
	Gesamteinnahmen	337 337 000	—	337 337 000
	Gesamtausgaben	2 926 869 300	+121 400	2 926 990 700
	Verpflichtungsermächtigungen	173 338 000	—	173 338 000

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Ministeriums für

Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz

und Energie

für das Haushaltsjahr

2024

Veränderungsnachweis

**Kapitel 14 010
Ministerium**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

14 010

Ministerium

A u s g a b e n

Sächliche Verwaltungsausgaben

n e u

**536 00 342 Atomrechtliche Ersatzvornahme im Zuge der Rest-
abwicklung des Thoriumhochtemperaturreaktors 300
(THTR-300).**

— — —

neuer Vermerk: 1. Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 20
020 Titel 697 00 überschritten werden.

neuer Vermerk: 2. Bei Kapitel 20 020 Titel 697 00 nicht in Anspruch genommene Ver-
pflichtungsermächtigungen dürfen zusätzlich in Anspruch genommen
werden.

neuer Vermerk: 3. Aus diesem Titel dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn
bei anderen Titeln des Landeshaushalts Ausgaben für denselben
Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Gesamtausgaben Kapitel 14 010. 208 727 200 — 208 727 200

Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 010. 307 373 500 — 307 373 500

**Kapitel 14 400
Innovation und Technologie**

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

14 400 Innovation und Technologie

A u s g a b e n

Titelgruppen

Titelgruppe 62

Einrichtung eines IRIS2 / GOVSATCOM-Kontrollzen-
trums (Landesanteil)

gelöscht:

neuer Vermerk:

neuer Vermerk:

1. Siehe Verstärkungsvermerk bei Kapitel 20 020 Titel 547 11.
2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind zur Selbstbewirtschaftung bestimmt (§ 15 Abs. 2 LHO)
3. Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezi-
fischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.

892 62 167	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen .	—	+50 000 000	50 000 000
	Summe Titelgruppe 62.	—	+50 000 000	50 000 000
	Gesamtausgaben Kapitel 14 400.	121 778 600	+50 000 000	171 778 600
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 14 400.	285 601 800	—	285 601 800

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Gesamteinnahmen		440 973 100	—	440 973 100
Gesamtausgaben		1 781 996 800	+50 000 000	1 831 996 800
Verpflichtungsermächtigungen		4 971 378 800	—	4 971 378 800

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

der allgemeinen Finanzverwaltung

für das Haushaltsjahr

2024

Veränderungsnachweis

Kapitel 20 010
Steuern

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer				
20 010	Steuern			
	E i n n a h m e n			
	Steuern und steuerähnliche Abgaben			
011 00 821	Lohnsteuer (Landesanteil)	21 731 100 000	-203 800 000	21 527 300 000
012 00 821	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	6 196 700 000	+309 300 000	6 506 000 000
013 00 821	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgel- tungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge - Lan- desanteil)	3 157 300 000	-38 100 000	3 119 200 000
014 00 821	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	4 217 700 000	-230 200 000	3 987 500 000
015 10 821	Umsatzsteuer (Landesanteil)	23 880 720 000	-609 100 000	23 271 620 000
016 10 821	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	7 701 100 000	+165 600 000	7 866 700 000
017 10 821	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	767 400 000	-15 200 000	752 200 000
018 00 821	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Landesanteil)	1 587 300 000	+48 300 000	1 635 600 000
052 00 821	Erbschaftsteuer	2 332 000 000	+95 000 000	2 427 000 000
053 00 821	Grunderwerbsteuer	2 736 000 000	+204 000 000	2 940 000 000
057 00 821	Lotteriesteuer	412 000 000	+39 000 000	451 000 000
058 10 821	Virtuelle Automatensteuer	51 000 000	-5 000 000	46 000 000
058 20 821	Online-Pokersteuer	7 000 000	+1 000 000	8 000 000
061 00 821	Biersteuer	158 000 000	-3 000 000	155 000 000
	Gesamteinnahmen Kapitel 20 010	76 387 100 000	-242 200 000	76 144 900 000

Kapitel 20 020
Allgemeine Bewilligungen

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
20 020	Allgemeine Bewilligungen			
	E i n n a h m e n			
	Verwaltungseinnahmen			
119 20 861	Einnahmen aus der Rückübertragung nicht mehr benötigter Selbstbewirtschaftungsmittel.	859 990 300	+135 000 000	994 990 300
	Übrige Einnahmen			
371 10 881	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans.	1 437 500	-516 800	920 700
371 20 881	Globale Mehreinnahmen in allen Einzelplänen.	440 000 000	-150 000 000	290 000 000
	Gesamteinnahmen Kapitel 20 020.	7 544 750 300	-15 516 800	7 529 233 500
	A u s g a b e n			
	Personalausgaben			
461 10 881	Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppen 41, 43, 44 und 45 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Hauptgruppe 6 in den Versorgungskapiteln der Einzelpläne sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5 - 7 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Hochschulen und Universitätskliniken.	91 000 000	+237 000 000	328 000 000
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
547 11 167	Zur Verstärkung der Ansätze im Zusammenhang mit der Einrichtung eines IRIS2 / GOVSATCOM-Kontrollzentrums (Landesanteil).	50 000 000	-50 000 000	—
<i>gelöscht:</i>	<i>Die Mittel dürfen zur Verstärkung der Ansätze bei Kapitel 14 400 Titelgruppe 62 verwendet werden.</i>			

Veränderungsnachweis

Kapitel 20 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)				
624 10 813	Zuweisungen an das Sondervermögen "Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffs- kriegs in der Ukraine" zur Leistung des Schuldendien- stes.	180 000 000	-180 000 000	—
697 00 342	Zuschüsse im Zusammenhang mit der geordneten Stilllegung des THTR 300 in Hamm-Uentrop.	4 450 000	—	4 450 000
<i>neuer Vermerk:</i>	1. Siehe Deckungsvermerk (Vermerk Nr. 1) bei Kapitel 14 010 Titel 536 00.			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Siehe Deckungsvermerk (Vermerk Nr. 2) bei Kapitel 14 010 Titel 536 00.			
<i>neuer Vermerk:</i>	3. Aus diesem Titel dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn bei anderen Titeln des Landeshaushalts Ausgaben für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
	Gesamtausgaben Kapitel 20 020.	1 905 717 700	+7 000 000	1 912 717 700
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 20 020.	1 148 750 000	—	1 148 750 000

**Kapitel 20 650
Schuldenverwaltung**

Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
20 650	Schuldenverwaltung			
	E i n n a h m e n			
	Übrige Einnahmen			
162 00 812	Zinseinnahmen aus Geldmarktgeschäften.	380 000 000	+200 000 000	580 000 000
325 00 831	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt .	2 181 012 000	+248 300 000	2 429 312 000
	Gesamteinnahmen Kapitel 20 650.	2 561 012 000	+448 300 000	3 009 312 000
	A u s g a b e n			
	Schuldendienst			
575 10 831	Zinsen für Kreditmarktmittel.	3 150 000 000	-350 000 000	2 800 000 000
	Gesamtausgaben Kapitel 20 650.	6 875 465 000	-350 000 000	6 525 465 000

Veränderungsnachweis

Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
Gesamteinnahmen	87 165 466 300	+190 583 200	87 356 049 500	
Gesamtausgaben	25 489 906 900	-343 000 000	25 146 906 900	
Verpflichtungsermächtigungen	1 148 750 000	—	1 148 750 000	

Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine"

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2024 EUR
------------------	--	---	--------------------------------------	--

**Wirtschaftsplan des Sondervermögens
"Bewältigung der Krisensituation in Folge
des russischen Angriffskriegs in der Ukraine"**

E i n n a h m e n

Übrige Einnahmen

222 00	Einnahmen aus Zuweisungen des Landes zur Leistung des Schuldendienstes.	180 000 000	-180 000 000	—
	Gesamteinnahmen	180 000 000	-180 000 000	—

A u s g a b e n

geändert: 3. Einnahmen bei den Titeln 222 00 und 232 00 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln 632 20 und 632 25 herangezogen werden.

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

632 00	Zuweisungen an das Land zur Finanzierung aller Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine.	—	—	—
	Gesamtausgaben	180 000 000	—	180 000 000